

form, über den Stand der Reformarbeiten am kirchlichen Recht berichtet, ohne daß der Bericht in einem direkten Zusammenhang mit dem Tagungsthema gestanden hatte. Nach Onclin ist die *Lex Ecclesiae Fundamental* (LEF), deren letzter bekanntgewordener Entwurf vom Juni 1976 in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurde (vgl. HK, Dezember 1978, 623–632), noch einmal überarbeitet worden. Das Ergebnis liegt der Kardinalskommission zur Gutheißung vor. Die 7 *Bücher des künftigen Codex* sind alle aufgrund der Stellungnahmen überarbeitet worden, die auf die bis 1976 erfolgte Vorlage der Texte an die Bischofskonferenzen, Universitäten und Kurialbehörden eingegangen waren. Bei nur sehr knappen Mehrheiten in den verkleinerten Überarbeitungsgruppen habe man Fragen der Kardinalskommission vorgelegt oder auch der jeweiligen vatikanischen Behörde. Der Text eines „Schema Codicis recogniti“ sei gedruckt und liege der Kardinalskommission vor. Ihre Stellungnahme werde dem Papst als Gesetzgeber vorgelegt werden.

Einen Zeitpunkt, wann das Gesetzbuch in Kraft gesetzt werde, mochte Onclin nicht nennen. Der Wunsch nach einer nochmaligen Versendung an die Bischofskonferenzen usw. sei von höchster Stelle abgelehnt worden, weil nur eine Wiederholung der schon einmal erhobenen Einwände zu erwarten sei. Außerdem bestehe der dringende Wunsch, die Periode der Unsicherheit zu beenden. Ob man der Meinung Onclins ist, ein unvollkommener Codex sei besser als gar keiner, ist Ermessenssache. Wenn man

bedenkt, auf welche Kritik auf dem Kongreß der Entwurf eines Grundgesetzes der Kirche stieß, sowohl inhaltlich wie auf den Zeitpunkt bezogen, muß man eher skeptisch sein. Gerade hier dürften spätere Änderungen schwierig werden. Die Internationalen Kirchenrechtskongresse waren auf die Aufforderung an die Wissenschaftler hin entstanden, an den Grundlagendiskussionen für die Codex-Reform breiten Anteil zu nehmen. Es ist zu bedauern, daß die Reformarbeit diesen Beitrag zu überholen droht. Daran ändert auch die am Kongreß selbst zu äußernde Kritik nichts.

Die Akten des Kongresses sollen 1981 im Druck erscheinen. Sie werden auch die schriftlichen Kurzbeiträge enthalten, die weder vorgetragen noch verteilt werden konnten. In ihnen wird manches konkrete Thema noch angeschnitten. Aber das alles wird in der gegenwärtigen Lage des Gesetzgebungsverfahrens wenig bewirken. Der Zug der Rechtsreform in der Kirche ist abgefahren, ohne auf die Arbeitsergebnisse der 350 Kanonisten zu warten. Vielleicht hätte man wenigstens eine Resolution fassen müssen, die um Verschiebung einer LEF bäte, bis die theologischen Grundlagen ebenso geklärt sind wie die Inhalte und Rechtsschutzerfordernisse. Aber ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden. So ist die Gesamttendenz nicht durchbrochen worden, auf hohem theoretischem Niveau zu bleiben, wohl weil die Niederungen der kirchlichen Lebenswirklichkeit zu viele praktische Probleme versprochen.

Klaus Lüdicke

Länderbericht

Kirche zwischen Volk und Staat

Zur Situation in Chile vor und nach dem Referendum

Seit dem Sturz Salvador Allendes am 11. September 1973 wird Chile in der internationalen öffentlichen Meinung geschüttelt und gebeutelt wie kaum ein anderes politisches Regime der Welt. Über die angemessene Erörterung des sozialistischen „chilenischen Experiments“ samt seiner gewaltsamen Umkehrung in eine rechtsgerichtete Diktatur hinaus wird der Fall Chile bis heute weit über Gebühr und überall in der Welt beliebig zum Instrument und zur Argumentationshilfe aller möglichen politischen Diskussionen herangezogen. Am allermeisten leiden darunter die Fakten. Manipulative Umdeutungen politischer Vorgänge gemäß der eigenen politischen Anschauung mögen auch sonst keine Seltenheit sein. Im Fall Chile aber übersteigen die Verteufelungen des Regimes wie seine Verharmlosung sachliche Darstellungen um ein bedenkliches Maß.

Wenig objektive Berichterstattung

Wer die Berichterstattung in den deutschen Medien, aber auch die Äußerungen der Politiker in den vergangenen sieben Jahren verfolgt hat, muß zu dem Schluß kommen, daß Chile auch bei uns nicht mit normalen Maßstäben gemessen wird. Als allgemeines Beispiel mag die Wahrnehmung und *publizistische Darstellung von Menschenrechtsverletzungen* in den lateinamerikanischen Ländern dienen. Es gab und gibt einige Regime in Mittel- und Südamerika, die ähnlich viele, wenn nicht noch mehr politische Gegner verschwinden lassen oder ermorden (El Salvador, Guatemala, zeitweilig Argentinien), unter denen häufiger und ebenso schlimm'gefoltert wurde (Brasilien). Die Vorgänge in Chile können zwar den breiten Umfang der Berichter-

stattung noch rechtfertigen; das lange Zeit nur von sporadischen Meldungen unterbrochene Schweigen über mittelamerikanische Zustände aber schafft Mißverhältnisse (die etwa bei der ersten chilenischen Volksbefragung im Januar 1978 sogar innenpolitisch zu Buche schlugen, als General Pinochet das Volk gegen die „internationale Haßkampagne“ einen und für sich gewinnen konnte).

Als konkrete Beispiele im thematischen Umfeld des Plebiszits vom 11. September fallen Meldungen – freilich mit entgegengesetztem Vorzeichen – aus der „Frankfurter Zeitung“ auf: In einem Bericht aus Santiago (15. 7.) ist dort zur Lage der Menschenrechte zu lesen, die Übergriffe hätten stark abgenommen: „Verglichen mit Staaten wie Laos, Afghanistan und Äthiopien ist Chile beinahe eine Idylle.“ Zu einem Zeitpunkt, als der nachweislich von Polizeibeamten zu Tode gefolterte Publizistikstudent *Eduardo Jara* (er starb wenige Stunden, nachdem er in einer Straße von Santiago gefunden worden war) in aller Munde war, lautete ein Bericht derselben Zeitung: „Mit Marktwirtschaft gegen Marxisten“ (18. 8.). Die auf den liberalistischen ökonomischen Prinzipien der *Chicagoer Schule Milton Friedmans* gründende Wirtschaftspolitik Pinochets – von der „Welt“ immerhin als „eingeschworen auf uneingeschränkten Liberalismus“ charakterisiert – hieß in der FAZ durchgängig „soziale Marktwirtschaft“, ein „vernünftiges Wirtschaftsmodell“ (15. 9.).

Die illusionistischen Christdemokraten Chiles, so war dort am 21. August zu lesen, wollten „es nicht wahrhaben, daß vor allem das einfache Volk nicht nach Demokratie dürstet, sondern davon träumt, in Ruhe und Ordnung im eigenen Häuschen zu leben“. Dieser für den deutschen Leser recht suggestive Traum vom Eigenheim ist angesichts des keineswegs überwundenen Hungers, der offiziell eingestandenen hohen Arbeitslosigkeit und katastrophalen Wohnungsnot in Chile zumindest geeignet, die Spendenfreudigkeit der deutschen Katholiken auf eine harte Probe zu stellen. In einem von derselben Zeitung (6. 9.) unter der Überschrift „Draußen Beifall, drinnen Kritik“ veröffentlichten Porträt des Erzbischofs von Santiago, Kardinal *Raúl Silva Henríquez*, das den Kardinal eher verzeichnet, werden diesem „gute Zusammenarbeit“ mit Allende und „Differenzen mit dem Vatikan“ wegen seiner Opposition zum gegenwärtigen Regime nachgesagt.

Fortdauernde innerchilenische Polarisierung und die Rolle des Episkopats

Auch bei politischen Gesprächen im kleinen Kreis oder beiläufigen privaten Unterhaltungen ist Chile immer noch ein Reizwort, dessen Kommentierung sehr bald politische Einstellung und Weltanschauung der Beteiligten bloßlegt. Hierzulande weiß sozusagen jeder, der den Namen Pinochet kennt, ob er für oder gegen sein Regime ist. Die Frage des chilenischen Plebiszits wäre hier also leicht, zu leicht zu beantworten.

Woher kommt diese seit Jahren unveränderte und ideologisch fixierte Leichtigkeit im Urteil über das Militärregime eines fernen Landes, das so einzigartig gar nicht ist? Die Ursache für die überwiegend polarisierte öffentliche Meinung über das südamerikanische Land liegt zu einem guten Teil in der seit 1973 unüberwundenen *innerchilenischen Polarisierung*, deren wahres Ausmaß unter der dichten Decke repressiver Vorkehrungen verborgen bleibt. Der damals entstandene Graben zwischen Siegern und Besiegten besteht weiter. Staatlicherseits wurde wenig für eine nationale Aussöhnung getan; die Säuberungsaktionen der neuen Machthaber in den Monaten nach dem Putsch, die in milderer Form bis heute andauern, und die mächtige Propaganda des Regimes gegen „die Feinde der Nation im eigenen Land“ bewirkten eher das Gegenteil. Als Pinochet in seiner ersten Rede nach dem erfolgreichen Plebiszit sagte, von nun an gebe es weder Sieger noch Besiegte in Chile, wurde er gefragt, ob die Exilchilenen jetzt zurückkehren dürften. Der General antwortete mit einem einzigen Wort: „Nein“.

Offene und öffentliche Konfrontation bleibt in Chile weitgehend aus, da die organisierte politische Opposition aktionsunfähig gehalten wird. In der Bevölkerung leben Mißtrauen und Feindseligkeit gegeneinander fort, im politischen wie im privaten Bereich ist die Kommunikation zwischen den alten Fronten gering.

Niemand hat den *Mangel an nationalem Konsens* in den vergangenen Jahren deutlicher ausgesprochen als die chilenischen Bischöfe. In der grundlegenden Erklärung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz vom 25. März 1977 über „Unser nationales Zusammenleben“ (HK, Mai 1977, 227f.) hatten sie die chilenische Nation als „zerrissen“ bezeichnet. In ihrem am Pfingsten 1980 veröffentlichten *Hirtenbrief zum Nationalen Eucharistischen Kongreß* hieß es: „Die grundlegende Versöhnung des chilenischen Volkes ist die Aufgabe dieses Jahrzehnts; eine Herausforderung, der wir nicht ausweichen können. Hier auf Erden wird die Einheit der Menschen immer brüchig sein, aber Chile muß seine Einheit als Volk wieder stärken“ (CELAM-Bulletin September 1980). Am 1. Mai richtete Kardinal Silva eine Botschaft an die chilenischen Arbeiter, in der er sagte: „Das nationale Zusammenleben ist nicht besser geworden, im Gegenteil scheint es so, als würde der Friede in Chile mit jedem Tag schwerer. Es gibt tiefe Gegensätze und geräuschlose Kämpfe; entsprechend heftig ist die Repression. Der Mangel an Dialog und gegenseitigem Verständnis hindert uns daran, zu einem nationalen Konsens zu gelangen... Es ist tatsächlich so: wir fürchten um die Zukunft unseres Vaterlandes“ (DOCLA, Mai 1980).

Obwohl auch sie in den letzten Jahren in der Gefahr stand, politisch mißbraucht zu werden, ist die katholische Kirche in Chile wohl die einzige zu distanzierendem Urteil fähige gesellschaftliche Kraft. Sie hat in den sieben Jahren der Diktatur die Möglichkeit gehabt, sich zu artikulieren, und sie hat sie genutzt. Die *politische Rolle des Episkopats* hat sich dabei in der Sache als kaum anfechtbar erwiesen, da die Bischöfe nicht gegen das Regime agitierten, sondern

für die Belange des Volkes eintraten. In zahlreichen Stellungnahmen der Bischofskonferenz, regionaler Bischofsgruppen und einzelner Bistümer hat sich der Episkopat zu allen wichtigen politischen Fragen geäußert, und zwar so, daß die Regierung wie die verstummte parlamentarische Opposition sie heute gleichermaßen als stellvertretende Stimme der Opposition verstehen. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis stellt die Kirche ihre kritischen Anfragen immer da, wo sie Grundwerte gefährdet sieht und glaubt, für das Volk sprechen zu müssen. Daß die Kirche dabei keine Äquidistanz einhält, ist ein beliebtes Argument der chilenischen Rechten. Wer die bischöflichen Dokumente über die Jahre hin verfolgt hat, wird aber feststellen, daß es sich dabei um mehr handelt als um differierende Ansichten zu opinablen politischen Sujets.

Kann es sich das Regime bereits leisten, die Kirche zu ignorieren?

In der gegenwärtigen Phase der Konsolidierung des Regimes gilt ihre Kritik 1. den autoritären, unfreiheitlichen Strukturen des Regimes, 2. der Wirtschaftspolitik, 3. dem Bereich Bildung und Erziehung und 4. der antikirchlichen Propaganda des Regimes. Dies sind unter dem Blickwinkel des „christlichen Humanismus“, auf den sich die Bischöfe berufen, in der Tat fragwürdige Komponenten der „neuen Demokratie“, die, wie ihre Schöpfer angeben, ebenfalls auf christlich-humanistischem Gedankengut gründet.

In den ersten Komplex fällt das *Plebiszit vom 11. September*, in dem alle wahlberechtigten Chilenen mit einem Ja oder einem Nein über dreierlei abstimmen mußten (in Chile besteht Wahlpflicht): über eine neue Verfassung (vgl. HK, August 1979, 388f.), über das Staatsoberhaupt und über ein Paket von Übergangsbestimmungen, die bis zum vollen Inkrafttreten der Verfassung im Jahre 1989 gelten sollen. 67,06 Prozent stimmten mit Ja, 30,17 Prozent mit Nein, 2,77 Prozent enthielten sich der Stimme oder wählten ungültig. Ungeachtet der Wahlpflicht lag die Beteiligung nur bei 86 Prozent. Während des vierwöchigen, von der Regierung mit großem Aufwand inszenierten Wahlkampfes hatte die demokratische Opposition gerade soviel Bewegungsfreiheit, daß fairerweise niemand von ihrer Knebelung sprechen konnte. Der christdemokratische Politiker *Eduardo Frei* durfte eine Kundgebung in begrenztem Rahmen abhalten, die kleineren nichtstaatlichen Rundfunksender sendeten Wahlspots der Opposition. Die staatliche Rundfunk- und Fernsehkette blieb ihr verschlossen. Weitere Schwachpunkte des offiziellen Wahlkampfes waren demagogische Slogans wie „Die Verfassung der Freiheit oder das Chaos“, vor allem aber die fehlende Alternative.

In ihrer Erklärung vom 23. August hatten die chilenischen Bischöfe die Regierung aufgefordert, andere Voraussetzungen zu schaffen, wenn das Plebiszit Ausdruck des Volkswillens sein sollte. Dazu gehöre, daß das Volk Klarheit habe über Bedeutung und Folgen seiner Zustimmung oder Ablehnung, daß es nicht gezwungen wird, mit einer

Antwort über drei sehr verschiedene Inhalte abzustimmen, daß alle politischen Strömungen Zugang zu den Medien erhalten, geheime und freie Stimmabgabe und ein in allen Etappen korrektes Wahlverfahren. Im übrigen kam die Erklärung der Bischöfe einer *vorsichtigen Empfehlung zur Ablehnung des Plebiszits* sehr nahe. Wenn das korrekte Wahlverfahren sichergestellt sei, heißt es dort, müsse die Bürgerschaft eingehend über die Artikel der Verfassung wie über die Übergangsbestimmungen nachdenken und sorgsam abwägen, ob sie die dort verankerten Gesetze gutheiße oder nicht. „Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß es in der Verfassung Artikel gibt, die der christlichen Lehre zu entsprechen scheinen, daß aber in ihr wie in den Übergangsbestimmungen Regelungen vorgesehen sind, welche die Rechtssicherheit in Chile drastisch einschränken und die ernsthaft in Betracht gezogen werden müssen ... Wir wollen, daß in Chile eine würdige, freie, partizipatorische, gleiche, solidarische und brüderliche Gesellschaft entsteht, die von der Mehrheit getragen, die Minderheit achtet...“ (Mensaje, September 1980, S. 520).

Daß die Regierung die Forderungen der Kirche schlicht ignorierte (sie fragte im Hinblick auf das Wahlverfahren lediglich empört, ob die Kirche die Integrität des Militärs anzweifeln wolle), haben die Bischöfe als schwere und unerwartete Niederlage empfunden. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, *José Manuel Santos*, hatte vor dem Plebiszit im Fernsehen erklärt, es könne schwere Unruhen im Land geben, wenn der Volksentscheid nicht unter den genannten Voraussetzungen stattfinde: „Ich weiß nicht, ob jemand in Chile anders denkt, denn das würde bedeuten, daß er dem Land das Chaos wünscht“ (Zit. nach *Vida Nueva*, 20. 9. 80). Dieser Vorfall kann darauf hindeuten, daß die Kirche in Chile möglicherweise an ihre Grenzen gestoßen ist, nicht etwa weil sie, wie die politische Rechte argumentiert, zu politisch denkt und handelt, sondern weil sich herausgestellt hat, daß ihre mahnende Stimme die Masse der Bevölkerung gar nicht erreichte. Die nämlich entschied sich auf dem Stimmzettel für den General Pinochet, wie immer diese Entscheidung motiviert sein mochte. Nicht nur der Staat, sondern auch das Volk hat die Stimme der Kirche überhört. Ist demnach die politische Position der chilenischen Kirche schwächer geworden? Das Ergebnis des Plebiszits spricht für diese Vermutung. Das Kräfteverhältnis Regime – Kirche – Volk hat sich zugunsten des Regimes verschoben. Die Folgen für die Kirche haben sich bereits im Plebiszit gezeigt: sie wird in geringerem Maße (vom Volk) oder gar nicht (von offizieller Seite) zur Kenntnis genommen. Politisch bedeutsamer als das Verhältnis von Kirche und Staat ist jedoch das Verhältnis zwischen Volk und Regime. So stellt sich die Frage, wie sich unter der siebenjährigen Herrschaft der Militärs das politische Bewußtsein der Bevölkerung entwickelt hat oder konkret welchen Grad an politischer Einsicht das Volk im Plebiszit demonstrierte.

Wenn man von dem knappen Drittel der „Nein“-Wähler absieht und den psychologischen Effekt der fehlenden Al-

ternative und der Einschüchterung bei den Befürwortern des Volksentscheids beiseite läßt, bleibt ein bestimmendes Phänomen zurück, das von oppositionellen wie kirchlichen Kreisen mit Sorge beobachtet wird: die *langfristig lähmenden Auswirkungen eines diktatorischen Regimes auf das politische Bewußtsein der Masse des Volkes*. Zu Recht verweisen Oppositionelle mit Stolz auf die 150jährige demokratische Tradition Chiles. Allerdings war sie wohl eher die Errungenschaft und das Verdienst einer Elite, die für das Volk dachte. Daß das Verhalten der chilenischen Bevölkerung im Wahlkampf und bei der Stimmabgabe konformistische Züge trug, läßt sich zwar schwer beweisen. Doch glaubte die letzte 8. Soziale Woche Chiles, ein von der Kirche veranstalteter Sozialkongreß, eine solche allgemeine Tendenz im Volk aufgespürt zu haben. Im Schlußdokument des Kongresses hieß es: „Wer die Freiheit beschneidet, verkürzt auch die soziale Verantwortung der Bürger, fördert den Egoismus und die Gleichgültigkeit... Dies hat in Chile ein deutlich spürbares Desinteresse am Gemeinwohl bewirkt, da die Bürger es weit außerhalb ihres Einflußbereichs orten... Aus Resignation oder Bequemlichkeit ist Konformismus geworden. Paradoxiere bewirkt dieser eine geringe Aufnahmefähigkeit sowohl für die Verheißungen der Herrschenden wie für die Aufrufe der Opposition zu politischer Veränderung. Auf der einen wie auf der anderen Seite hat sich nur eine Elite aus Resignation und Apathie retten können“ (Mensaje, Dezember 1979).

Die Tendenz zu unpolitischem Verhalten fördert die Propaganda des Regimes, indem sie in der Bevölkerung in immer stärkerem Maße konsumistische Wünsche weckt. Der soziale Charakter der Ankündigung, daß am Ende des Jahrzehnts jeder siebte Chilene ein Auto und jeder fünfte ein Fernsehgerät besitzen werde, mag noch so zweifelhaft sein, es scheint so, als würden die Propaganda-Versprechen vor allem unter der armen Bevölkerung entweder geglaubt oder überhört; Widerstand und Unruhe provozieren sie nicht.

Besonders kritische Punkte: Wirtschafts- und Bildungswesen

Dem Schwerpunkt der Regierungspolitik entsprechend *schiebt sich die Wirtschaftspolitik immer stärker in den Vordergrund der offiziellen Propaganda*, die auch im Ausland um Anerkennung für die wirtschaftlichen Erfolge wirbt. Die Wirtschaft ist – jedenfalls kurzfristig gesehen – zweifellos der erfolgreichste Bereich der Politik. Die Kirche kritisiert indessen mit Recht ihre kapitalistisch-liberalistische Ausrichtung, die „viel zu hohe soziale Kosten“ nach sich ziehe (Kardinal Silva), und den beständigen Versuch, die wirtschaftlichen Erfolge gegen politische Schwachstellen des Regimes anzuführen. Einzelne Maßnahmen wie das Beschäftigungsprogramm PEM werden von kirchlichen Stellen ebenfalls in Zweifel gezogen. In diesem Programm setzt der Staat Arbeitslose zu Hilfsarbeiten ein, die dafür keinen Lohn, sondern eine „Unter-

stützung“ erhalten, die nur einen Bruchteil des ohnehin niedrigen Mindestlohns ausmacht. Entgegen der ursprünglichen Regelung werden die Arbeiter dort häufig ganztags beschäftigt (was eine regelrechte Teilzeitarbeit unmöglich macht) und zu Arbeiten herangezogen, die auch fest Beschäftigte ausführen könnten wie Straßenbau etc. Die Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ rechnete der Regierung in einem Beitrag über das Programm die jährliche Produktivität dieses Arbeitspotentials vor und beschuldigte das Regime, es bereichere sich beträchtlich an den Arbeitslosen.

Die umfassende *Strukturreform des chilenischen Bildungswesens* ist erst teilweise vollzogen und in ihren Auswirkungen noch kaum zu überblicken. Doch zeichnet sich auch hier eine Stärkung der exekutiven Gewalt ab. So hat zum Beispiel der Erziehungsminister aufgrund des Dekrets 3/357 die Möglichkeit erhalten, die Lehrkräfte jederzeit an einen beliebigen Ort des Landes zu versetzen, „ohne daß er dabei anderen diesbezüglichen Bestimmungen unterliegt“. Vor einigen Monaten wurden alle Grundschulen der Kompetenz des Erziehungsministers entzogen und den Bürgermeistern (die alle von der Junta ernannt werden) unterstellt. Andere Schultypen hingegen sollen weitgehend privatisiert werden. Die Kirche richtete aus Protest gegen Repressalien und die Art der staatlichen Kontrolle der Universitäten durch die mit umfangreichen Befugnissen ausgestatteten „Delegados-Rectores“ eine Parallel-Universität ein. Die Entlassung von 200 Universitätsprofessoren und -assistenten „aus Gründen der Rationalisierung“, wie es offiziell hieß, veranlaßte die FAZ (23. 7. 80) zu der Vermutung, in Chile bahne sich eine Liberalisierung der Universitätspolitik an, daher habe man vorher noch einmal „aufräumen“ wollen.

Gegen die *zahlreichen Übergriffe der letzten Monate auf kirchliche Einrichtungen* und gegen eine „Diffamierungskampagne“ der regimenahen Presse haben sich die Bischöfe öffentlich zur Wehr gesetzt. In der Erklärung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz vom 29. Mai sprechen die Bischöfe erstmals von einer „Verfolgung“ der chilenischen Kirche. „Es wäre bequemer für uns, vor der Angst der Armen die Augen und vor den Klagen der Mißhandelten, ja der Gefolterten die Ohren zu schließen und uns nicht um Gerechtigkeit zu kümmern. Dann aber täten wir nicht unsere Pflicht. Möglicherweise denken einige Leute – wie Saulus, als Stephanus gesteinigt wurde –, die Kirche werde wegen der Fehler oder Irrtümer verfolgt, die sie begangen habe. Andere werden sogar glauben, indem sie sich so verhalten, reinigten sie die Kirche von gewissen Elementen, die andere zu ihrem eigenen Nutzen in sie eingeschleust hätten. Diesen Menschen sagen wir, was schon Saulus den Herrn sagen hörte: ‚Ich bin Jesus, den du verfolgst.‘ Es gibt keine zwei Kirchen. Es gibt nur eine Kirche, und zwar die, die von den rechtmäßigen Bischöfen geführt wird.“ Die Bischöfe von Puerto Montt und Los Angeles aber distanzieren sich von dieser Erklärung, ein erstes Anzeichen dafür, daß die bis dahin latenten Spannungen zwischen der Mehrheit des Episkopats und einer regimefreundlichen Minderheit nun offen ausbrechen.

Die Kirche bleibt ein Faktor von hohem Rang

Aufs Ganze gesehen hat sich die katholische Kirche Chiles im verbissenen Meinungsstreit der vergangenen sieben Jahre um das südamerikanische Land als eine Instanz bewährt, die weniger ideologiefähig ist als alle anderen Interessenvertreter des chilenischen Volkes. Unbestritten sind ihre Verdienste im Einsatz um die Wahrung der Menschenrechte. Bei seinem letzten Besuch in Bonn stellte sich

Kardinal Silva erneut hinter die von ihm gegründete Beratungsstelle für politisch Verfolgte, die „Vicaría de la Solidaridad“, die seit der Machtübernahme der Militärs in 80 000 Fällen geholfen habe. Die jüngste Entwicklung deutet auf eine Festschreibung des politischen Zustands hin. Es ist also zu hoffen, daß die Kirche dem Druck von außen und den dort genährten spalterischen Tendenzen im Innern widersteht. Für die Überwindung der innerchilenischen Polarisierung, die Aussöhnung des Volkes, ist sie ein Faktor von hohem Rang. *Gabriele Burchardt*

Forum

„Liebe und Verantwortung“ als Basis der Geburtenregelung

Ein Beitrag zur Bischofssynode im Anschluß an das gleichnamige Buch von Karol Wojtyła

Die folgende Stellungnahme, die uns von dem Bonner Internisten August Wilhelm von Eiff zur Verfügung gestellt wurde, ist im Blick auf die eben zu Ende gegangene Bischofssynode in Rom verfaßt worden. Sie lag den Vätern der Synode in mehreren Sprachen vor. Die Beratungen der Synode haben gezeigt, daß ihre Grundgedanken über die Synode hinaus aktuell bleiben. Deswegen bringen wir sie unseren Lesern im Wortlaut zur Kenntnis.

Es gibt viele Ansatzmöglichkeiten, über das Problem der Geburtenregelung nachzudenken. Sie sind, oft in hervorragender Weise, von Experten verschiedener Disziplinen genutzt worden. Es war zu erwarten, daß bei den Beratungen der Bischofssynode in Rom Diskussionen über diese Problematik stark von Reflexionen geprägt sein würden, die der heutige Papst zum Thema Liebe und Sexualität gestellt hat. Daher wird der Versuch unternommen, auf der Grundlage seines Denkens den Stellenwert von Erkenntnissen der Biologie und Anthropologie aufzuzeigen, da der Papst ja im letzten Jahr den Dialog mit den Humanwissenschaften gefordert hat. Zudem hat Karol Wojtyła, Papst Johannes Paul II., die Hoffnung geäußert, daß sein Buch „Liebe und Verantwortung“ von denen fortgeschrieben wird, die seine Grundideen in ihr Denken und Handeln mitnehmen und weiterentwickeln. Dies ist in den vorliegenden Überlegungen geschehen. Dabei ergeben sich wichtige neue Aspekte zum Problem der Geburtenregelung.

Die Frage der Finalität des Sexualtriebs muß neu gestellt werden

1. Die existentielle Bedeutung des Sexualtriebs kann nur ganz erfaßt werden, wenn Fakten der Evolution mitberücksichtigt werden. Hiernach muß die Finalität des Sexualtriebs neu definiert werden. Für den Menschen ergibt sich folgende Konsequenz: der existentielle Charakter des Sexualtriebs besteht darin, daß eine sinnvolle Synthese von Liebe in Verantwortung und von Fortpflanzung in Verantwortung hergestellt werden muß; dies bezieht sich nicht auf den einzelnen Akt der geschlechtlichen Begegnung, sondern auf die dauernde Lebensgemeinschaft der Ehe.
2. Die Methode der periodischen Enthaltensamkeit wurde bisher als eine natürliche Methode und damit als einzig erlaubte Methode der Geburtenregelung angesehen. Bei einem Teil der Eheleute bzw. in bestimmten Phasen der Ehe ist diese Methode für die Ehefrau nicht annehmbar und wird als „contra naturam“ erlebt. Diese Methode darf daher nicht grundsätzlich als die einzig richtige Methode der Geburtenregelung empfohlen werden. Die biologischen und medizinischen Fakten dieser Überlegungen wurden von den deutschsprachigen Biologen, Naturwissenschaftlern und Medizinern des Colloquium Romanum im November 1979 in Rom bestätigt. Ein gemeinsames Statement dieser Wissenschaftler wurde dem Hl. Vater vom Verfasser dieses Beitrags in einer Privataudienz im Anschluß an dieses Colloquium überreicht.